

Beschluss

des erweiterten CDU-Landesvorstandes am 16. Juni 2011

TOP 6: Gesprächskreise. Positionspapier Integration

Beiträge zum Aktionsplan Integration der Landesregierung.
Antrag des Gesprächskreises Integration.

Die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung werden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Vorschläge des Gesprächskreises Integration in den Aktionsplan Integration mit aufgenommen werden:

1. Die deutsche Sprache muss vor Schulbeginn gesichert werden!

Das Land Schleswig-Holstein gibt für Kinder nichtdeutscher Muttersprache 6 Mio. €/Jahr aus, damit sie vor Schulbeginn gute Kenntnisse der deutschen Sprache haben. Die Kinder werden aber auch dann eingeschult, wenn keine ausreichenden Deutschkenntnisse vorhanden sind. Das hat zur Folge, dass ein Teil der Kinder zu Schulbeginn nicht ausreichend dem Unterricht folgen kann. Erfahrungsgemäß kann dieser Rückstand später kaum aufgeholt werden. Deshalb sollten zukünftig nicht nur die Verwendung der Mittel, sondern auch ein messbarer Erfolg geprüft werden.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Bundesinitiative „Frühe Chancen“ des Bundesfamilienministeriums. Damit hat die Bunderegierung die richtigen Akzente gesetzt, um gezielt Kinder mit erhöhtem Sprachförderbedarf in Kindertagesstätten zu unterstützen. Die CDU Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Land und den Kommunen die Initiative auch in unserem Land schnell und effektiv umzusetzen.

30 **2. Durchgängige Sprachbildung**

Wir begrüßen, dass das Bildungsministerium die durchgängige Sprachbildung, also die
32 sprachliche Förderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache als durchgängiges
Unterrichtsprinzip in jeder Unterrichtsstunde, an den Schulen des Landes verankern will.

34

36 **3. Ohne Berufsausbildung keine Integration**

Ein Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, unter anderem etwa die Hälfte der
38 Jugendlichen türkischer Abstammung, erhält keine Berufsausbildung. Für sie ist damit eine
Integration noch nicht gelungen. Sie muss durch eine Berufsausbildung fortgesetzt
40 werden.

Wir begrüßen daher die vielfältigen Bemühungen, allen Schülern den Hauptschulabschluss
42 zu vermitteln, z.B. die "Flexklassen" an Hauptschulen und das Handlungskonzept "Schule
& Arbeitswelt" des Landes mit EU-Mitteln. Sie müssen noch nachhaltige Strukturen
44 erhalten, die Besonderheiten Jugendlicher mit Migrationshintergrund aufgreifen und - wie
bei der "Berufseinstiegsbegleitung" des Bundes – mit aktiver und persönlicher Hilfe zu
46 einem Ausbildungsplatz führen.

48 **4. Migrantenvereine einbeziehen**

Die Vereine von Migranten (incl. Moscheevereine) leisten gute Beiträge zur Integration.
50 Leider wird diese Arbeit von deutschen Behörden nur einseitig bei wenigen anerkannt und
gefördert. Andererseits werden viele Vereine nach außen kaum aktiv, da sie überwiegend
52 ehrenamtliche, nichtakademische Funktionäre haben, die mit Vereinsaufgaben und
Schularbeitenhilfe ausgelastet sind. Schon die Mitarbeit in städtischen Integrationsforen
54 hat sie überfordert.

Deshalb muss eine bessere und ausgewogenere Einbindung der Vereine von deutscher
56 Seite ausgehen. Sollten städtische und staatliche Stellen dazu nicht in der Lage sein,
müssen neue Wege gesucht werden (z.B. eine Integrationsstiftung wie die politischen

58 Stiftungen oder eine attraktivere Form des ministeriellen „Newsletter Migration und
Integration“.

60

5. Integration des Islam

62 Der Einfluss, den Prediger an den Moscheen auf einen mit den Grundwerten unserer
Gesellschaft verträglichen Islam haben, wird bisher nicht für die Integration genutzt.

64 Voraussetzung ist, dass der Prediger in Deutschland aufgewachsen ist und Deutsch
spricht. Fast alle Moscheevereine suchen solche Prediger. Der türkische Staat finanziert

66 für sie ein Studium der islamischen Theologie an der Uni Frankfurt. Viele Verbände
organisieren eine eigene Ausbildung und beschäftigen Laienprediger. Der Bund finanziert

68 ein Studium an den Unis Osnabrück und Tübingen nach deutschen Maßstäben. Deren
Absolventen sollten bevorzugt werden. Der Islamunterricht in deutscher Sprache und

70 unter staatlicher Aufsicht ist zu unterstützen.

Die Moscheevereine können jedoch Akademikerlöhne für Prediger nicht bezahlen.

72 Studierende, für die Integration hilfreiche Prediger bekommen sie nur, wenn Lehrer des
islamischen Religionsunterrichts bei ihnen im Nebenamt predigen könnten.

74 Das Land sollte daher dafür sorgen, dass schleswig-holsteinische Abiturienten Anreize
erhalten, in Osnabrück oder Tübingen zu studieren. Dazu gehört auch eine

76 Vertrauensbasis, dass sie anschließend im Schuldienst Schleswig-Holsteins beschäftigt
werden.

78